

Bürgerkommune

Rathausverwaltung kann Ehrenamt gezielt fördern

Beteiligung und Engagement sind unverzichtbar. Aber wie motiviert man Menschen zum Anpacken und Mitmachen? Das Projekt „Lernforum Bürgerkommune“ gibt Anregungen, wie sich die Zusammenarbeit von Kommunalpolitikern, Verwaltungsmitarbeitern und Bürgern fördern lässt.

Von Annette Clauß

SCHWÄBISCH GMÜND. „Aus meiner Sicht ging es noch nie ohne bürgerschaftliches Engagement“, sagt Petra Schmettow. Die Geografin und Kommunalberaterin arbeitet bei der gemeinnützigen Organisation Finep (siehe Infokasten) und moderiert Beteiligungsprozesse im ländlichen Raum. In Kooperation mit der Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg leitet sie das Seminar „Lernforum Bürgerkommune“, das heute in Waldenburg (Hohenlohekreis) beginnt.

Sinn und Zweck der insgesamt dreiteiligen Fortbildungsreihe an verschiedenen Orten im Land ist es, Vertretern aus Politik, Verwaltung und Bürgerschaft Tipps und Beispiele zu geben, wie sie für eine gute Zusammenarbeit aller drei Gruppen sorgen können.

Kommunen waren und sind darauf angewiesen, dass Bürger sich am Gemeinwesen beteiligen und bei der Konzeption, Entscheidung und Umsetzung kommunaler Entwicklungsprozesse mitwirken.

Kleine Kommunen sind besonders auf Ehrenamtliche angewiesen

„Die Alternative wäre das reine Einkaufen von Leistungen. Das hat mit sozialem Leben aber nichts zu tun“, sagt Schmettow. Während manche Großstadt möglicherweise über die finanziellen Mittel verfüge, für bestimmte Zwecke teure Berater beauftragen zu können, sei



Der Staatsanzeiger zeichnet Bürgerbeteiligungsprojekte aus – hier das Netzwerk Behindertenhilfe im Bodenseekreis. FOTO: STAATSANZEIGER

Seminar wird von der Europäischen Union gefördert

Das Seminar „Lernforum Bürgerkommune“ richtet sich an Kommunalpolitiker, Verwaltungsmitarbeiter und Bürger. Es wird gefördert von der EU und der Baden-Württemberg Stiftung. Das Forum für internationale Entwicklung und Pla-

nung (Finep) ist eine gemeinnützige Projekt- und Beratungsorganisation mit Sitz in Esslingen.

Es hat sich auf die Entwicklungs- und Umweltpolitik sowie auf Förderung der lokalen Demokratie spezialisiert.

das bei kleineren Kommunen nicht der Fall. Insbesondere im ländlichen Raum ist es nach ihrer Erfahrung ganz alltäglich, dass vieles ehrenamtlich gestemmt wird, zum Beispiel von Vereinen. „Dort gibt es schon eine ausgeprägte Haltung, Dinge selbst anzupacken. Aber sehr viel mehr kann man da nicht mehr draufpacken“, weiß Schmettow: „An sehr wenigen Aktiven bleibt sehr viel Arbeit hängen. Die breite Masse der Vereinsmitglieder ist aber eher passiv.“ Dass Vereinsvorständen da irgend-

wann die Energie ausgehe, sei kein Wunder.

Daher ist es ein Ziel des Lernforums Bürgerkommune, den Engagierten den Rücken zu stärken und Tipps zu geben, wie sie weitere Mitstreiter gewinnen und motivieren können. Durch die steigende Mobilität und Individualisierung der Menschen werde es auch für Vereine in ländlichen Gegenden immer schwieriger, genügend freiwillige Helfer zu finden. Zwar gebe es dafür keine Regeln nach dem Lehrbuch, trotzdem könne man schon allge-

mein gültige Tipps geben, wie sich die Arbeit auf mehr Schultern verteilen lässt, sagt Schmettow. „Bei der Jugendarbeit in einem Ort sollte beispielsweise nicht jeder Verein seine eigene Suppe kochen.“

Die Ehrenamtlichen bräuchten dringend Rückendeckung von offizieller Seite, so Schmettow. Sie hält es deshalb für unerlässlich, dass die Verwaltung die Bürgerschaft im Selbstermächtigen unterstützt und die Arbeit erleichtert, wo es möglich ist. Sie spricht von einem „gut geschmierten Miteinander“, das dabei helfe, Hürden zu nehmen. „Wenn ein Verein oder eine Initiative um einen 50-Euro-Zuschuss für einen Flyer ringen muss, dann geht dabei sehr viel Energie unnütz verloren.“

Und früher oder später möglicherweise auch der ehrenamtliche Helfer, der seine Arbeit entwertet hin-schmeißt. Ihr fallen einige Bereiche ein, in denen ihrer Ansicht nach eine Gemeindeverwaltung den engagier-

ten Bürger unter die Arme greifen kann und soll. Dazu gehöre etwa die Hilfe bei Verwaltungsaufgaben wie dem Weiterleiten von Protokollen oder der Recherche von Ansprechpartnern und Telefonnummern: „Solche Hilfen sind nicht zu unterschätzen“, sagt sie. Die Verwaltung müsse die Aufgabe einer Schnittstelle übernehmen, was die Rathausmitarbeiter selbstverständlich auch Zeit koste.

Mehr Dialog hält Schmettow für eine gute Möglichkeit herauszufinden, wo die Menschen in einer Gemeinde der Schuh drückt. Viel Widerstand lasse sich vermeiden, wenn Kommunen die Bürger frühzeitig beteiligten, bevor das Kind in den Brunnen gefallen sei. Für eine faire und möglichst frustfreie Kooperation sei es wichtig, dass die Verwaltung, der Gemeinderat und die Bürger wüssten, wer welche Aufgaben habe, erklärt die Beraterin.

„Bürger muss wissen, was einen Gemeinderat beschäftigt“

Sie sieht sich als Dialoghelferin und Vermittlerin zwischen den bisweilen sehr unterschiedlichen Lebenswelten der drei Gruppen, die nicht immer unbedingt von vornherein in einem Boot sitzen. Das Lernforum bietet den Teilnehmenden beispielsweise die Möglichkeit, in Kleingruppen einen Perspektivenwechsel vorzunehmen und sich in die andere Seite hineinzusetzen. Der Gedanke dabei: „Eine Verwaltung muss die Logik von Bürgerarbeit verstehen, der Bürger muss wissen, was einen Gemeinderat beschäftigt.“ Der Bürger müsse sich im Klaren sein, dass das gewählte Gremium das letzte Wort hat.

MEHR ZUM THEMA
Näheres zur Projektgesellschaft und zum Lernforum im Internet:
www.lel-bw.de
www.finep.org

Ratschläge und Unterstützung für das Ehrenamt

STUTTGART. Einen Überblick über Ehrenamtsportale und -organisationen, Fortbildungsmöglichkeiten, wie den Sozialführerschein oder die Weiterbildung zum Bürgermentor, aber auch Tipps zum Versicherungsschutz für freiwillig Engagierte und Steuervorschriften gibt das Landesportal Ehrenamt. Außerdem sind dort Wettbewerbe und Preise aufgelistet. Die Bandbreite geht vom Jugendfilmpreis über den Preis für das Engagement für mehr Teilhabe und Integration von Migranten bis zum Preis für Heimatforschung. Hilfreich ist eine Finanzierungsdatenbank, in der Engagierte Fördermöglichkeiten für Projekte in der Jugendarbeit gezielt nach Förderbereichen, Regionen oder Institutionen sortiert finden. (anc)

MEHR ZUM THEMA
Das Landesportal im Internet:
www.ehrenamt-bw.de

Nachweis für Mitarbeit aus dem Internet

STUTTGART. Im Ehrenamt braucht es Team- und Kommunikationsfähigkeit, Einsatzbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein. Der Engagementnachweis, den die Landesregierung engagierten Bürgern ausstellt, ist daher nicht allein ein Zeichen der Wertschätzung, sondern kann bei einer Bewerbung um eine Arbeitsstelle Vorteile bringen. Bürger, die regelmäßig oder für eine gewisse Zeit ehrenamtlich arbeiten, erhalten den Nachweis.

Die Organisation muss zunächst im Internet einen Antrag stellen. Wenn das Ministerium grünes Licht gibt, erhält der Ausstellungsberechtigte ein Passwort, mit dem er im Internet selbst Engagementnachweise erstellen kann. (anc)

MEHR ZUM THEMA
Engagementnachweis im Internet:
www.engagementnachweis-bw.de

Dialog mit Einwohnern verlangt klare Spielregeln

Stadt Geislingen holt Bürgergutachten ein

GEISLINGEN. Wertschätzung für ihre Bürger kann eine Verwaltung zeigen, indem sie wie die Stadt Geislingen an der Steige (Landkreis Göppingen) eine Geschäftsstelle für Bürgerengagement einrichtet. Christine Pfundtner ist die Frau, die dort ein offenes Ohr für Anliegen aus der Bevölkerung hat. Ihrer Erfahrung nach ist ein fester Ansprechpartner wichtig: „Wer mit einem Anliegen anruft, sollte nicht von einem Rathausmitarbeiter zum nächsten durchgestellt werden.“

Pfundtner sieht sich als Anlaufstelle, aber auch als Vermittlerin zwischen der Bürgerschaft, der Verwaltung und der Politik. Ihre Aufgabe sei es, den Dialog zu fördern, sagt sie. Jede Gruppe habe unterschiedliche Herangehensweisen. In der Verwaltung mahnten die Mühlen manchmal langsamer, weil vieles einen festgelegten Weg gehen müsse.

Da sei bisweilen die Geduld des Bürgers gefragt. Andererseits sei es Aufgabe der Verwaltung, dem Bürger Rückmeldung zu geben, findet Pfundtner: „Er darf nicht das Gefühl haben, dass eine Sache im Sande verläuft.“ Zudem müsse sich eine Verwaltung im Klaren darüber sein, dass Bürger auch unliebsame Themen anstoßen.

Die Voraussetzung für ein konstruktives Miteinander seien klare Spielregeln für alle Beteiligten, ist Pfundtners Überzeugung: „Es muss zum Beispiel klar sein, dass Ideen der Bürger nicht allesamt eins zu eins umgesetzt werden. Der Gemeinderat als gewähltes Gremium hat eben die letzte Entscheidung.“

Als neue Form der Bürgerbeteiligung hat die Stadt 2011 als eine der ersten Kommunen im Land einen Bürgerinnenrat einberufen. Die Idee habe man sich vom Vorarlberg in Österreich abgeschaut, erklärt die Fachfrau: „Nach dem Zufallsprinzip werden etwa 15 Leute aus der Einwohnerschaft ausgewählt, die anderthalb Tage über ein bestimmtes Thema diskutieren. Das Ergebnis stellen sie der Öffentlichkeit in einer Art Bürgergutachten vor.“ Der Vorteil dieser Methode sei, dass Bürger erreicht würden, die sich bislang nicht eingebracht hätten. Allerdings müsse klar sein: „Mit den anderthalb Tagen ist die Arbeit nicht getan. Sie muss weitergehen, zum Beispiel in einer Resonanzgruppe.“ (anc)

MEHR ZUM THEMA
Bürgerinnenrat der Stadt Geislingen:
www.geislingen.de

Gemeinde Riegel fördert Engagement mit einer professionell geführten Anlaufstelle

Projekt Bürgerbüro erhält 2013 bundesweite Auszeichnung / Jede Idee wird geprüft

RIEGEL. „Die besten Experten für ihr eigenes Umfeld sind die Bürger selbst“, sagt Markus Jablonski (SPD), Bürgermeister der Gemeinde Riegel am Kaiserstuhl. Dieses vielfältige Wissen möchten die Verwaltung und der Gemeinderat der 3000-Einwohner-Kommune nutzen – selbst wenn das Kosten mit sich bringt. So gibt es im Rathaus seit zwei Jahren das „Bürgerbüro BEreit – Bürgerschaftliches Engagement in Riegel“. Rund 60.000 Euro hat die Gemeinde bislang investiert. Das Bürgerbüro hat seinen Sitz im Rathaus, die im Zuge des Projekts neu geschaffene 75-Prozent-Stelle ist als Stabsstelle beim Bürgermeister angesiedelt.

„Im Ort herrscht eine sehr offene und liberale Grundhaltung“

Thomas Schäfer – im Bürgerbüro ist er der Ansprechpartner, Koordinator und Strippenzieher – ist jedoch kein Verwaltungsmann, sondern Pädagoge. Jablonski bezeichnet das als Glücksfall, so wie sich auch die Entscheidung, den Bereich Bürgerengagement zu professionalisieren, für seine Gemeinde als der richtige Weg erwiesen habe.

Wie viele andere Kommunen hatte Riegel vor rund zehn Jahren einen



Das Bürgercafé der Gemeinde Riegel wird von 21 Frauen ehrenamtlich betrieben. Ein weiteres Gemeinschaftsangebot ist ein Café als Treffpunkt für junge Mütter. FOTO: GEMEINDE RIEGEL

Agendaprozess ins Leben gerufen. Es bildeten sich Gruppen mit unterschiedlichen Schwerpunkten, Leitbilder wurden skizziert – und irgendwann war die Luft raus. Der Bürgermeister erinnert sich: „Die Agendagruppen hatten immer weniger Zulauf, eine kontinuierliche Beteiligung hat nicht mehr stattgefunden.“ Der Gemeinderat beschloss einstimmig, das freiwillige Engagement auf professionelle Beine zu stellen. Im Ort herrsche eine

sehr offene und liberale Grundhaltung, so erklärt der Bürgermeister die Entscheidung: „Dass es in unserer Gemeinde keine wirkliche Geldnot gibt, hat aber natürlich auch eine Rolle gespielt. Hätten wir überwiegend Schulden, dann wäre die Diskussion im Gemeinderat womöglich anders verlaufen.“

Die Kommune entschloss sich, ein Bürgerbüro mit regelmäßigen Öffnungszeiten, auch an Samstagen, einzurichten und den Pädago-

gen Schäfer im Rahmen einer Personalleihe für zunächst zwei Jahre zu beschäftigen. Unter seinen Fittichen und dank des Engagements vieler Ehrenamtlicher hat die Gemeinde Riegel seit dem Jahr 2012 einige neue Projekte auf den Weg gebracht. Dazu gehören Gemeinschaftsangebote wie ein Bürgercafé, ein Babycafé oder das Nadelwerken, aber auch Hilfen für Einzelne oder Familien, wie ein Fahrdienst, Bestand für pflegende Angehörige oder Unterstützung beim Ausfüllen von Formularen und Anträgen.

Wer ein Projekt anregt, muss daran auch mitarbeiten

Die Devise im Bürgerbüro sei, dass alle mit so ziemlich jeder Idee vorschlagen dürfen, erklärt Jablonski. „Was aber nicht sein kann ist, dass ein Bürger eine Idee hat und dann zur Verwaltung und dem Gemeinderat sagt: Jetzt macht mal.“ Wer ein Projekt anregt, der müsse sich Mitstreiter suchen und an die Arbeit machen – die Rahmenbedingungen schaffe die Gemeinde. Im Dezember hat sie für ihre Idee des Bürgerbüros den Deutschen Engagementpreis 2013 in der Kategorie „Politik und Verwaltung“ verliehen. (anc)